

6.11.1917

Kriegstagung des Reichstages.

Der verschärfte Unterseebootkrieg und die Stellungnahme der Vereinigten Staaten.

Budapest, 5. Februar.

Die geschlossene Sitzung des Abgeordnetenhauses ragte bis in den anbrechenden Abend hinein. Erst um 6 Uhr abends wurde die Öffentlichkeit der Beratung wieder hergestellt. In lautloser Spannung ergriff Ministerpräsident Graf Stefan Tisza das Wort. Er knüpfte an die Vorgänge der geschlossenen Sitzung, um dann in einer Erklärung die unumgängliche Notwendigkeit der erfolgten Proklamierung des Unterseebootkrieges festzustellen. Herb und ernst klang die Stimme des Ministerpräsidenten. Kurze Pausen zerrissen den Fluß der Rede. Schmucklos, doch zwingend in ihrer Logik, zeigte sie, daß die Monarchie und ihr Verbündeter im Kampfe um die Existenz zu einer Waffe greifen mußten, deren Erfolg sicher ist und deren Umgehung infolge der Haltung unserer Feinde unmöglich wurde.

Es folgten Erklärungen der Grafen Albert Apponyi, Julius Andrássy und Michael Károlyi, sowie Stefan Rakovszky. Die Führer der Opposition schlossen sich, die einigermaßen verklausulierte Rede des Abgeordneten Michael Károlyi ausgenommen, ganz uneingeschränkt den Ausführungen des Ministerpräsidenten an.

Das Haus war durchaus einig in der Erkenntnis dessen, was die Stunde unumgänglich fordert. Es gab ihr durch seine einmütige Zustimmung, was sie verlangt.

Die Vorlage über die Verewigung des Andenkens unserer ringenden Soldaten führte die Opposition auch heute schnell von der Pietät zur kombattanten Politik. Die Abgeordneten Desider Abraham, Gabriel Ugron und Alexander Gieswein waren bestrebt, das Wahlrechtsproblem und die Witwen- und Waisenversorgung den in der Vorlage vorgesehenen Pietätsakten gegenüberzustellen. Die Forderungen ihres Programms so betonend, ließ die Opposition vielfach Ziel und Motiv der Debatte in einer umfassenden politischen Erörterung untergehen, eine eingehende Würdigung dessen vermissen, was zur Beratung stand.

Das Haus wird morgen über einen Antrag des Grafen Stefan Bethlen abstimmen, der die Beratungszeit des Hauses auf die Stunden von 3 bis 9 Uhr nachmittags beschränken will.

Der Verlauf der Sitzung.

Die geschlossene Beratung wurde nachmittags fortgesetzt.

Um halb sechs Uhr wird die öffentliche Sitzung wieder eröffnet.

Vizepräsident Karl Szász: Der Herr Ministerpräsident wünscht zu sprechen.

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza:

Geehrtes Haus! Indem ich in Verbindung mit dem in der heutigen geschlossenen Sitzung stattgehabten Ideenaustausche pflichtgemäß das Wort ergreife (Hört, hört!), um mich über die infolge der kräftigeren Anwendung des Unterseebootkrieges eingetretene Lage zu äußern, muß ich mich naturgemäß in erster Reihe mit der Natur des Unterseebootkrieges befassen. (Hört, hört!)

Wir haben es mit einer neuen Waffe zu tun, die eigentlich in diesem Kriege zum ersten Male verwendet wird. Die auf diese Waffe bezüglichen detaillierten Rechtsnormen haben sich daher aus dem praktischen Leben noch nicht herauskristallisieren können, wir müssen daher die auf den Seekrieg bezüglichen allgemeinen Völkerrechtsregeln vorerst auch auf den Unterseekrieg anwenden, selbstverständlich in sinngemäßer Weise, das heißt, mit Berücksichtigung der spezifischen Natur dieser Waffe. (So ist's, so ist's!)

Aktuell wurde die Sache eigentlich in den Fällen der Blockade. Dort wirft sich die Frage auf, auf welche Weise die Blockade mit Anwendung der Unterseeboote durchgeführt werden kann?

Und da erscheint es zweifellos, geehrtes Haus, daß es der inneren Natur der Tauchbootwaffe zuwiderliefe, wollte man auf sie die gleichen Rechtsnormen anwenden, die für andere Seefahrzeuge, die eine Blockade durchführen, bestehen. Das würde gegen die Natur der in Rede stehenden Waffe selbst verstoßen, aber es wird dies auch durch das Vorgehen unserer Feinde unmöglich gemacht, die die Handelsdampfer bestückt und sie geradezu ermuntert und aufgefordert haben, die Unterseeboote anzugreifen und möglichst zu rammen oder durch Artilleriefire zu vernichten. (So ist's, so ist's!) Dieses Vorgehen läuft ja den Rechtsnormen schnurstracks zuwider, die hinsichtlich des Seekrieges bestehen. (So ist's!)

Alein überholt erscheint meines Erachtens diese ganze Frage auch schon durch den Umstand, daß unsere Feinde zum Zwecke der Durchführung der Blockade auf weiten Gebieten der Meere in bisher nie beobachteten großen Dimensionen sich einer Waffe bedienen, die für die Neutralen zumindest ebenso schadenbringend und gefährlich ist wie der Unterseebootkrieg. Es sind dies die sogenannten Minenfelder. (So ist's! rechts.) Unsere Feinde erklären ja weite Meeresflächen als Minenfelder, und sie sperren wichtige Handelsstraßen durch Minen ab. Sie legen Minenfelder auf mit der Folge für die neutrale Schifffahrt, daß jedes neutrale Schiff oder jeder neutrale Passagier das Risiko auf sich nimmt, wenn sie in diesem Gebiete fahren, dort auf eine Mine aufzufahren und in die Luft gesprengt zu werden. Wenn dies erlaubt ist — und die Neutralen haben dagegen ja nicht Stellung genommen —

daß wir die uns zur Verfügung stehenden schärfsten Mittel in Anspruch nehmen, um den siegreichen Ausgang des Krieges und damit das Zustandekommen eines Friedens zu beschleunigen, der berufen ist, die innere Ruhe und die Möglichkeit des Fortschrittes der Menschheit ständig zu gewährleisten. Lebhafter Beifall, Clenrufe und Applaus.)

Graf Julius Andrássy:

Ich wünsche aus vollem Herzen den Frieden. Wenn ich erwäge, daß auch in diesem Augenblick, wo wir hier beraten, viele Tausende unserer Brüder den größten Leiden und Qualen ausgesetzt sind (Zustimmung), wenn ich erwäge, daß auch viele in diesem Augenblick den Selbstmord sterben, wenn ich erwäge, daß die Menschheit nunmehr seit Jahren, anstatt Kulturarbeit zu verrichten, einander vernichtet, dann empört sich auch in mir das menschliche Gefühl gegen den Krieg. Allein gerade weil ich so sehr den Frieden herbeisehne, betone ich, daß heute, wenigstens heute, der Friede durch Unterhandlungen nicht mehr erreicht werden kann, daß heute die Zeit des energischsten Kampfes eingetreten ist. (Lebhafte Zustimmung.) Ich lese soeben im Pester Lloyd die letzte Rede Lloyd Georges, der jetzt der führende Geist der Entente ist. Lloyd George sagt, ein Friede ohne Sieg würde keinen Frieden bedeuten, so daß heute von einem Frieden noch nicht gesprochen werden könnte, sondern man müsse den Kampf fortsetzen, bis die Macht der Zentralstaaten gebrochen ist. Das ist ihr Standpunkt. Gegenüber diesem Standpunkt sind Unterhandlungen nicht am Platze. Dieser Standpunkt schließt es vollständig aus, daß heute irgendein Angebot angenommen würde, es gibt nur einen Nobis, den energischen Kampf. (Zustimmung.) Den Unterseebootkrieg hatten wir einmal begonnen, dann trat in Folge einer Vereinbarung mit Amerika eine gewisse Pause ein. Bei den kriegsbezüglichen Unterhandlungen mit Amerika konnte indessen Deutschland, daß es erwarte, Amerika werde mitwirken, daß die Menschheit gegen die das internationale Recht verletzende Kriegführung Englands geschützt werde; alle es sich jedoch in dieser Erwartung täuschen, so werde es eine Aktionsfreiheit zurückerlangen. In dieser Erwartung hat sich Deutschland getäuscht, die Vereinigten Staaten haben keinen derartigen Schritt unternommen, so daß die in der Rhein angeländigte Aktionsfreiheit vollkommen zu Recht steht. Da aber sämtliche verantwortlichen Faktoren glauben, daß der Unterseebootkrieg zum Erfolg führen werde, so nehme ich in vollem Vertrauen zu diesem Gutachten die Annahme des Herrn Ministerpräsidenten zur Kenntnis und füge nur den Wunsch hinzu, unsere braven Seeleute mögen im Verein mit den Deutschen den siegreichen Frieden erringen. (Lebhafte Clenrufe und Applaus.)

Abgeordneter Graf Michael Károlyi:

Ich bin nicht in der glücklichen Lage, in der sich mein ehrter Freund Graf Apponyi befindet, diesen Schritt in dem Maße billigen zu können. Meine Bedenken habe ich der geschlossenen Sitzung vorgebracht. Ich würde es nicht als zweckentsprechend halten, diese auch hier zu erörtern. Es würde mir sehr leid tun, wenn es zwischen den Zentralmächten und Amerika zum Kriege käme. Nicht aus ethischen Gesichtspunkten, die Graf Julius Andrássy angeführt hat und die ich dermann leben, sondern aus einem speziellen ungarischen Gesichtspunkt. Denn bekanntlich leben in Amerika mehr als drei Millionen ungarischer Staatsbürger. Ihr Schicksal könnte in im Falle eines Krieges mit Amerika kritisch gestalten. Ein großer Teil würde sein Brot verlieren, oder in die Zwangsge geraten, ihr ungarisches Staatsbürgerrecht aufzugeben. Das ist einer der Gesichtspunkte, dessentwegen ich die Hoffnung habe, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich nicht zu einem Kriege führen werde. Auch hoffe ich, daß es trotz des verschärften Tauchbootkrieges gelingen wird, den Frieden mit den übrigen neutralen Staaten aufrechtzuerhalten, was ich als sehr wichtig und notwendig erwachte. (Zustimmung überhört.) Ich kann die Verschärfung dieses Krieges nicht mit Freude begrüßen. Tatsachen nehme ich naturgemäß zur Kenntnis, ich akzeptiere für uns die Konsequenzen, allein ich beklage diese Tatsache sehr vom menschlichen, vom ungarischen Standpunkt aus, von dem durch mich vertretenen pazifistischen Gesichtspunkt, da ich mir das größte und höchste politische Ziel setzt habe: für den Weltfrieden zu kämpfen. Von diesem Gesichtspunkte aus kann ich mich natürlich dessen nicht freuen, daß immer mehr Nationen in diesen großen Weltkrieg gegen uns hineingezerrt werden, denn das wird die große Mission ist die Aufgabe nur erschweren, die unser harret, nämlich: Grundlagen für den Weltfrieden zu schaffen. (Beifall überhört.)

Abgeordneter Stefan Rakovszky:

Zu meinem größten Bedauern kann ich die Auffassung des Herrn Abgeordneten Grafen Michael Károlyi nicht teilen. Ich bin ein Pazifist, allein ich billige in vollem Maße seinen Schritt, der im Interesse unserer Existenz nicht werden konnte. (Zustimmung rechts und links.) Graf Károlyi fürchtet sich vor einer Verschlimmerung des Verhältnisses zwischen Österreich-Ungarn und Amerika. Ich fürchte mich nicht davor. Ich fürchte nur eine Sache, die ich selbst verurteile und die ich ohne Zwang herabbeschwore. Nicht wir gen die Schuld daran, daß diese Lage eingetreten ist. Die reinigten Staaten hätten den gleichen Maßstab gegenüber den Entente Staaten und gegenüber uns anwenden müssen. (Lebhafte Beifall rechts und links.) Wäre dies geschehen, so wäre diese traurige Phase, dieser erschütternde letzte Akt dieses Krieges, dieses Blutbades und dieser Unmenschlichkeiten nicht getreten. (Allgemeine Zustimmung.) Der entscheidende Augenblick ist da. Der Reichstanzler hat im Hauptauschuß klärt, man habe jeder Eventualität Rechnung getragen, als sich zu diesem Schritt entschloß. Ein Zurück ist nicht mehr möglich. (Zustimmung rechts und links.)

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza: So ist's!

Abgeordneter Stefan Rakovszky: Wir müssen nunmehr diesen Kampf zu Ende führen, denn dies ist die einzige Währung dafür, daß wir uns dem Frieden nähern. Demzufolge nehme ich die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten zur Kenntnis. (Lebhafte Beifall rechts und links.)

Vizepräsident Clemens Simonitsits

Ich mit, daß der Abgeordnete Graf Stefan Bethlen schriftlich einen Antrag unterbreitet hat, demzufolge die Beratungszeit des Abgeordnetenhauses von nachmittags 3 Uhr abends 9 Uhr dauern soll. Im Sinne der Geschäftsordnung wird über diesen Antrag am Schlusse der morgigen Sitzung ohne Debatte entschieden werden.

Folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der Verhandlung des Gesetzentwurfes über die Verewigung des Andenkens der diesem Kriege kämpfenden Helden.